

Antrag 73/II/2024**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für starke Vereinte Nationen - Zukunftsgipfel nutzen**

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:
- 2 1. Die Rolle Deutschlands als Ko-Fazilitatorin für den
3 Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen (UN) sollte
4 genutzt werden, um sich für eine gerechte und
5 funktionierende internationale Ordnung einzusetzen.
6 Das essentielle Interesse Deutschlands an einem
7 effektiven und inklusiven UN-System sollte
8 Richtschnur der deutschen Außenpolitik sein.
 - 9 2. Die Bundesregierung sollte jegliche bilaterale und
10 multilaterale Formate nutzen, um sich für ein ambitioniertes
11 Ergebnis des Zukunftsgipfels einzusetzen. Dazu gehören
12 eine bessere Repräsentation der Ländern des Globalen Südens,
13 institutionelle Reformen, konkrete Mechanismen für die
14 wirkungsvolle Einbeziehung von Zivilgesellschaft, eine
15 stärkere Rolle der UN in globalen ökonomischen Fragen
16 sowie die Umsetzung der New Agenda for Peace.
 - 17 3. Im Bundestag sollten Vorschläge ausgearbeitet und
18 diskutiert werden, warum und wie Deutschland die
19 Vereinten Nationen stärken möchte. Der Haushaltsausschuss
20 muss hierbei eng einbezogen werden, um Finanzierungsfragen
21 verlässlich mitzudenken.
 - 22 4. Für eine ausreichende Finanzierung des UN-Systems
23 sollte Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen. Aktuelle
24 Finanzierungstrends untergraben den inklusiven und wirksamen
25 Multilateralismus, die Zunahme eng zweckgebundener
26 Finanzierungen hat zu einer Bilateralisierung im UN-System
27 beigetragen. Die Bundesregierung sollte vorangehen, indem
28 deutlich mehr freiwillige Beiträge geleistet werden, welche
29 mindestens zur Hälfte ohne Zweckbindung sein sollten. Freiwillige
30 Beiträge sollten langfristig angekündigt werden, um Planungssicherheit
31 zu schaffen. Bestrebungen nach Reformen der UN-Finanzierung
32 sollten aktiv unterstützt werden.
 - 33 5. Für die Nachfolge von UN-Generalsekretär António Guterres
34 sollte Deutschland sich dafür einsetzen, dass erstmals in der
35 UN-Geschichte eine Frau zur UN-Generalsekretärin gewählt wird.
36 Damit einhergehen sollte ein starkes Engagement für eine
37 moderne und geschlechtergerechte UN-Personalpolitik auf
38 allen Ebenen.
 - 39 6. Deutschland sollte sich aktiv in die internationale
40 Debatte über notwendige Transformationen im Sinne

Empfehlung der Antragskommission**Votum erfolgt am 06.11.2024****Aktualisierte Antragsfassung FA I*****Zukunftspakt für den Multilateralismus - Die Erneuerung der VN als Chance und Verpflichtung Deutschlands***

Das internationale System befindet sich in einem Umbruch, der aktiv gestaltet werden muss. Nur ein starkes multilaterales System mit den Vereinten Nationen im Zentrum kann ein friedliches, stabiles und nachhaltiges Miteinander der Staaten ermöglichen. Starke Vereinte Nationen liegen deshalb im ureigensten Interesse Deutschlands. Als internationalistische Partei kann die SPD noch mehr tun, um die Vereinten Nationen zu stärken.

Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

1. Der Erfolg der Verabschiedung des Zukunftspaktes der Vereinten Nationen (UN) durch die Koordination Deutschlands und Namibias sollte von der Bundesregierung genutzt werden, um sich weiter für eine gerechte und funktionierende internationale Ordnung einzusetzen. Das essentielle Interesse Deutschlands an einem effektiven und inklusiven UN-System sollte Richtschnur der deutschen Außenpolitik sein.
2. Die Bundesregierung sollte jegliche bilaterale und multilaterale Formate nutzen, um sich für die rasche Umsetzung des Zukunftspaktes einzusetzen - die bevorstehende deutsche Präsidentschaft der UN-Generalversammlung bietet hierfür eine wichtige Gelegenheit. Dazu gehören eine bessere Repräsentation der Ländern des Globalen Südens, institutionelle Reformen, konkrete Mechanismen für die wirkungsvolle Einbeziehung von Zivilgesellschaft, eine stärkere Rolle der UN in globalen ökonomischen Fragen sowie die Umsetzung der *New Agenda for Peace*.
3. Im Bundestag sollten Vorschläge ausgearbeitet und diskutiert werden, warum und wie Deutschland die Vereinten Nationen stärken möchte.
4. Für eine ausreichende Finanzierung des UN-Systems sollte Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen. Aktuelle Finanzierungstrends untergraben den inklusiven und wirksamen Multilateralismus, die Zunahme eng zweckgebundener

48 ne der Agenda 2030 der UN einbringen. Ziel soll ein
49 positives Narrativ des globalen Wandels angesichts
50 der massiven Herausforderungen, u.a. durch die Kli-
51 makrise, sein.

52

53

54 **Begründung**

55 Das internationale System befindet sich in einem Um-
56 bruch, der aktiv gestaltet werden muss. Nur ein starkes
57 multilaterales System mit den Vereinten Nationen im Zen-
58 trum kann ein friedliches, stabiles und nachhaltiges Mit-
59 einander der Staaten ermöglichen. Starke Vereinte Na-
60 tionen liegen deshalb im ureigensten Interesse Deutsch-
61 lands. Als internationalistische Partei kann die SPD noch
62 mehr tun, um die Vereinten Nationen zu stärken.

63

64 Der UN Zukunftsgipfel ist von herausragender Bedeu-
65 tung für die Gestaltung des multilateralen Systems. Für
66 Deutschland gibt es weitere gute Gründe dem Zukunftsg-
67 ipfel große Aufmerksamkeit zu widmen: Deutschland
68 leitet gemeinsam mit Namibia den Prozess für den Zu-
69 kunftsgipfel der UN und wird 2025 die Präsidentschaft
70 der Generalversammlung übernehmen und damit auch
71 den möglichen Umsetzungsprozess der Ergebnisse des
72 Gipfels eng begleiten. Der Gipfel im September 2024
73 bietet die Chance, vor einer möglichen zweiten Trump-
74 Administration ein Zeichen für den Multilateralismus zu
75 setzen. Zudem hat Deutschland im Zuge des Gaza-Krieges
76 viel internationales Vertrauen verloren, insbesondere in
77 Ländern des Globalen Südens, das es wiederherzustellen
78 gilt.

79

80 In der deutschen Öffentlichkeit ist der Zukunftsgipfel
81 noch kaum bekannt. Der politische Diskurs bildet die Be-
82 deutung des internationalen Systems für ein friedliches
83 Zusammenleben und die Bewältigung der drängendsten
84 globalen Herausforderungen unzureichend ab, insbeson-
85 dere angesichts der Bedrohungen für die regelbasierte in-
86 ternationale Ordnung.

87

88

89

90

91

92

93

94

95

Finanzierungen hat zu einer Bilateralisierung im
UN-System beigetragen. Die Bundesregierung
sollte vorangehen, indem deutlich mehr freiwillige
Beiträge, mindestens auf dem Niveau der deut-
schen Beiträge des Jahres 2023, geleistet werden,
welche mindestens zur Hälfte ohne Zweckbindung
sein sollten. Freiwillige Beiträge sollten langfris-
tig angekündigt werden, um Planungssicherheit
zu schaffen. Bestrebungen nach Reformen der
UN-Finanzierung sollten aktiv unterstützt werden.

5. Für die Nachfolge von UN-Generalsekretär António
Guterres sollte Deutschland sich dafür einsetzen,
dass erstmals in der UN-Geschichte eine Frau zur
UN-Generalsekretärin gewählt wird. Damit einher-
gehen sollte ein starkes Engagement für eine mo-
derne und geschlechtergerechte UN-Personalpolitik
auf allen Ebenen.

6. Deutschland sollte sich aktiv in die internationale
Debatte über notwendige Transformationen im Sin-
ne der Agenda 2030 der UN einbringen. Ziel soll ein
positives Narrativ des globalen Wandels angesichts
der massiven Herausforderungen, u.a. durch die Kli-
makrise, sein.

Begründung:

Der UN Zukunftsgipfel ist von herausragender Bedeu-
tung für die Gestaltung des multilateralen Systems. Für
Deutschland gibt es weitere gute Gründe dem Zukunftsg-
ipfel große Aufmerksamkeit zu widmen: Deutschland
leitet gemeinsam mit Namibia den Prozess für den Zu-
kunftsgipfel der UN und wird 2025 die Präsidentschaft
der Generalversammlung übernehmen und damit auch
den möglichen Umsetzungsprozess der Ergebnisse des
Gipfels eng begleiten. Der Gipfel im September 2024
bietet die Chance, vor einer möglichen zweiten Trump-
Administration ein Zeichen für den Multilateralismus zu
setzen. Zudem hat Deutschland im Zuge des Gaza-Krieges
viel internationales Vertrauen verloren, insbesondere in
Ländern des Globalen Südens, das es wiederherzustellen
gilt.

In der deutschen Öffentlichkeit ist der Zukunftsgipfel
noch kaum bekannt. Der politische Diskurs bildet die Be-
deutung des internationalen Systems für ein friedliches
Zusammenleben und die Bewältigung der drängendsten
globalen Herausforderungen unzureichend ab, insbeson-
dere angesichts der Bedrohungen für die regelbasierte in-
ternationale Ordnung.